

Die Stadt ist grün.
Die Stadt ist schön.
Die Stadt ist pleite.

Und deshalb ist Wuppertal
ein guter Ort für Utopien.

Fünf Thesen
über eine arme Stadt.

Text: *Peter Lau*
Foto: *Thekla Ebling*



Die erste These:

Man muss alles selber machen

Das ist das Erste, was die Studenten der Wuppertaler Junior Uni lernen, gefolgt von der Erkenntnis: Das macht Spaß! An diesem Nachmittag endet dort gerade der Kurs „Das Wunschhaus“. Die Eltern sind schon da, um die Vier- bis Sechsjährigen abzuholen, doch die sitzen noch fröhlich schnatternd im Kreis, während sie die vergangenen 90 Minuten Revue passieren lassen. In dieser Stunde haben sie kleine Knetmodelle ihrer Traumhäuser gebaut, in der nächsten werden sie dafür Zimmer einrichten. Die Architektin Ines Bongard Deeters, die den Kurs leitet, fragt, was den Kindern am besten gefallen hat. Die häufigste Antwort lautet: „Alles.“

Die Stimmung ist gut in der privaten Bildungseinrichtung für Kinder ab vier Jahren, doch die Umstände sind schwierig. „Wir haben kein Labor und in nur einem Raum Wasser“, sagt Amitabh Banerji, hauptamtlicher Dozent und wissenschaftlicher Fachkoordinator der Junior Uni. „Das geht eigentlich nicht, weil unsere Kurse auf Ausprobieren und Experimentieren basieren.“ Der 35-jährige Chemiker hat über organische LEDs promoviert, mit denen zum Beispiel Datenbrillen gebaut werden. In der Junior Uni stellt er in einem Kurs mit Schülern selber welche her. Er führt durch einige große, aber recht renovierungsbedürftige Räume. Zum Glück handelt es sich nur um ein Provisorium.

„Eines unserer Probleme ist der Erfolg“, sagt Ernst-Andreas Ziegler. „Wir werden überrannt.“ An den Anmeldetagen, sagt der Vorsitzende der Geschäftsführung der Junior Uni, brechen häufig die Server zusammen. Alle Kurse sind ausgebucht, auf der Warteliste stehen rund 1000 Interessenten. Die Studenten sind zwischen 4 und 20 Jahre alt, die Kursgebühren liegen zwischen fünf und zehn Euro für vier bis acht Stunden à 90 Minuten. In den Kursen lernen Kinder Mathematik beim Billard oder Physik, während sie aus Pet-Flaschen Raketen bauen.

Die Dozenten sollen sich in ihrem Fachgebiet so gut auskennen, dass sie alle Fragen der Kinder beantworten können. Zweitrangig ist dagegen, ob einer Wissenschaftler ist, Angestellter in einem Unternehmen oder noch Schüler. In den Kursen lernen Gymnasiasten und Hauptschüler



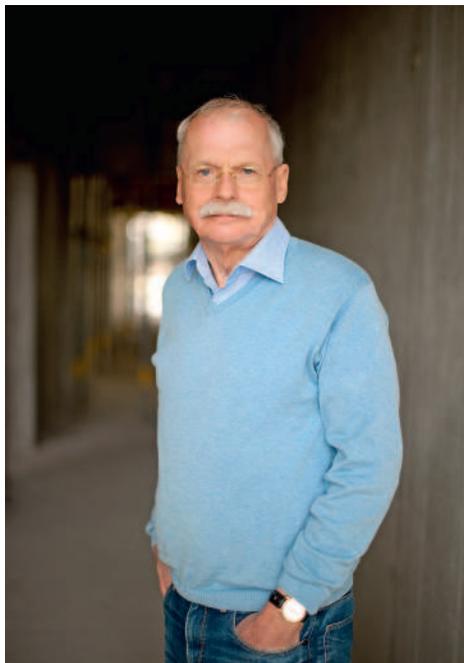
Teilt sein Wissen mit Kindern: Amitabh Banerji

zusammen – und voneinander. „Der Gymnasiast“, sagt Ariane Staab, ebenfalls wissenschaftliche Fachkoordinatorin, „verliert sich manchmal in theoretischen Gedanken, die der Hauptschüler dann auf den Punkt bringt.“

„Seit den Achtzigerjahren diskutiert die Politik über frühkindliche Bildung und bessere Talentförderung“, sagt Ziegler, „aber konkret ist kaum etwas passiert.“ Der 74-jährige Journalist, der mehr als 30 Jahre das Presseamt der Stadt Wuppertal leitete, hatte die Idee zur Junior Uni. Mit ihrem Programm an fünf Tagen der Woche für alle Kinder und ihren Gebühren, die sich jeder leisten kann, ist sie einmalig. 50 Prozent der Studenten kommen aus sogenannten bildungsfernen Schichten, also armen Haushalten. Von denen gibt es in Wuppertal viele. Und ohne sie, betont Ziegler, wird es in Zukunft nicht gehen.

„Wuppertal ist die Wiege der Frühindustrialisierung“, sagt der Lokalpatriot. „Was Manchester für England war, war Wuppertal für den Kontinent. Elberfeld und Barmen, seit 1929 nicht mehr selbstständig, zählten einst zu den reichsten Städten Deutschlands.“ Der Wohlstand beruhte wesentlich auf Technik – und das hat sich bis heute nicht geändert. Nur wollen viele Kinder in Deutschland heute lieber Popstars werden als Ingenieure, wenn nicht gar „Hartzer“, und so könnte das Land langfristig da hingehen, wohin die Stadt schon vor einiger Zeit gegangen ist: über die Wupper. Ziegler findet sich damit nicht ab: „Wir brauchen die besten Talente, auch aus einkommensschwachen Familien.“

Kennt und liebt seine Stadt: Ernst-Andreas Ziegler, Chef der Junior Uni und seine Kollegin Ariane Staab





Gute Lage: Hier entsteht der Neubau der Hochschule für Kinder und Jugendliche

Dass diese nicht neue Erkenntnis Folgen hatte, liegt daran, dass der gut vernetzte Wuppertaler seine Idee nicht nur im Rathaus vortrug, sondern auch lokalen Unternehmern. Er fragte sie: „Wo willst du denn deinen Nachwuchs herbekommen, wenn es so weitergeht?“ Sechs Sponsoren finanzierten ihm den Start Ende 2008. Die von der Initiative ebenfalls angetanen Stadtoberen, boten der Junior Uni ein leer stehendes Schulgebäude an.

Doch Ziegler lehnte ab. Er wollte einen Neubau, prominent gelegen direkt an der Wupper. Ein Leuchtturm für ein Leuchtturmprojekt, der sich langfristig rechnen soll. „Ein durch Spenden finanzierter Neubau kostet im Unterhalt viele Jahre die Hälfte eines Altgebäudes“, sagt Ziegler.

Die Stadt und die Junior Uni wurden sich also nicht einig, und so wird die Einrichtung bis heute von Stiftungen, mittelständischen Unternehmen und einem Förderverein vollständig privat finanziert. Der mit fünf Millionen Euro kalkulierte Neubau wird zurzeit errichtet. Das Grundstück hat die Junior Uni von der Stadt gekauft. Im Herbst soll die Einrichtung – die mittlerweile bereits einige Preise gewonnen hat – eröffnet und in der Folge auch das Kursprogramm erheblich erweitert werden.

Die zweite These: Armut schafft Freiräume

Das also ist Wuppertal. Weltberühmt für die Schwebebahn und das Tanztheater Pina Bausch, deutschlandweit dagegen eher als Pleitestadt bekannt. Das alles wäre aber wohl kaum aufgefallen, hätte die Stadt nicht auch das Schauspielhaus geschlossen. Das löste bundesweit Proteste aus, weil man hierzulande so kulturbegeistert ist – oder vielleicht auch nur, weil die Kultur eine starke Lobby hat? Jedenfalls bekam Wuppertal viel Aufmerksamkeit. Die »Zeit« zog einen Vergleich zu Wladiwostock, als segelte der

Pleitegeier über graue sozialistische Planarchitektur.

Dabei ist die Stadt im Tal der Wupper mit an vielen Stellen ländlichem Charme, vor allem eines: schön. Allein im Briller Viertel stehen 245 denkmalgeschützte Jugendstilhäuser, die angrenzende Nordstadt ist mit ihnen übersät und wäre anderswo längst gentrifiziert. Auch der Wirtschaft geht es mit zahlreichen erfolgreichen Mittelständlern nicht schlecht. Wuppertal hat auch kulturell durchaus einiges zu bieten: Um die Pina Bausch Company hat sich eine Tanzsparte etabliert, die Tango-Szene hat Weltruf. Es gibt einige Privattheater, eine experimentelle Musikszene, den privat betriebenen Skulpturengarten des Künstlers Tony Cragg – und als Ersatz für das Schauspielhaus hat der Ver-

ein Theaterfreunde Wuppertal Geld für eine kleine Spielstätte gesammelt, die voraussichtlich im Sommer 2014 eröffnet wird.

Wuppertal ist ein Ort der Widersprüche. Die Armut ist nicht zu leugnen, sie ist Folge des Niedergangs der deutschen Textilindustrie. Von dem Strukturwandel hat sich die Stadt nicht erholt. Die Kommune hat hohe Sozialkosten und zahlt, trotz hoher Verschuldung, jährlich 20 Millionen Euro für den Aufbau Ost. Die Arbeitslosenquote liegt bei 11,8 Prozent (Nordrhein-Westfalen: 8,3), außerdem schrumpft die Stadt seit 1994 kontinuierlich – und natürlich ziehen nicht die sozial Schwachen fort. Andererseits ist der Reichtum unübersehbar, es gibt in der Stadt sehr viel altes Geld. Das führt zu einer Situation, die nur auf den ersten Blick paradox erscheint: Die Verwaltung ist angesichts ihrer Finanzlage kaum handlungsfähig, während in der Stadt gleichzeitig viel passiert.

„Wuppertal ist ein guter Ort für Utopien“, sagt Christian Hampe. „Wenn die Stadt nichts machen kann, gewinnt man Spielfläche. Das ist zum Beispiel in Düsseldorf schwieriger. Da investiert die Stadt ein paar Millionen in ein Festival, und ich brauche als freier Künstler gar nicht mehr drüber nachzudenken, so etwas anzufangen. Hier dagegen hat die freie Szene mehr Aufmerksamkeit und Drang, etwas zu tun. Außerdem gibt es in Wuppertal viel Leerstand, wo etwas stattfinden kann.“

Der Kommunikationsdesigner leitet gemeinsam mit seiner ehemaligen Kommilitonin Beate Blaschczok das Projekt Utopiastadt, ein Ort, an dem über urbane Ideen nachgedacht wird. Die Stadtparkasse überließ den Aktivisten 2011 den Mirker Bahnhof, ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude mit 2200 Quadratmetern, das jahrelang leer stand. Inzwischen hat sich eine Tanzschule eingemietet, auf 220 Quadratmetern wird Co-Working Space angeboten. Vereinzelt gibt es schon Veranstaltungen, etwa das Reparaturcafé, zu dem Anwohner defekte Geräte mitbrin- ▶

gen können. Als Nächstes steht die Eröffnung eines großen Saals als Gastronomie- und Veranstaltungsraum an.

Hampe und Blaszcok, beide Ende 20, erzählen, dass sie von der Stadtparkasse sehr unterstützt wurden, man habe mit ihnen immer wieder am Geschäftsplan gearbeitet. „Wir wollten kein altes Haus besetzen“, sagt Christian Hampe, „und gegen das System demonstrieren. Wir wollen etwas tun, etwas verändern. Aber das ist viel Arbeit. Man ist gleichzeitig Pächter, Vermieter, Betreiber, Gastronom – dabei will man sich eigentlich über Utopien unterhalten.“ Ganz zu schweigen davon, dass die beiden ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Aber wahrscheinlich ist auch der Beifall von allen Seiten ein guter Motivator.

Auch im Rathaus ist das Projekt angesehen. Für den Bau- und Umweltdezernenten Frank Meyer, der die Stadtentwicklung leitet, gehört die Initiative zu den kleinen und großen Projekten, die Wuppertal voranbringen. Nur im Alltag gibt es manchmal Probleme, etwa wegen des Brandschutzes. „Wir kommen mit unserem Sachbearbeiter gut zurecht“, sagt Hampe. „Aber wenn es um Mängel geht, müssen wir so lange Vorschläge machen, bis einer angenommen wird. Es ist nicht so, dass von den Behörden jemand kommt und sagt: ‚Wir hätten da eine Idee.‘“

Die dritte These: Wo einer anfängt, machen andere mit

„Wir schlagen uns alle mit der Bürokratie rum“, sagt Gaby Schulten. „Aber das tut die Stadt auch. Wenn sie einen Euro öffentliches Geld verwenden wollen, müssen sie 20 Euro aufwenden, um die Rahmenbedingungen zu erfüllen. Und das ist nicht nur in Wuppertal so.“ Die gelernte Verlagskauffrau betreibt mit ihrem Partner Thomas Weyland eine Agentur, die sich auf Stadtteilentwicklung sowie Organisations- und Unternehmensberatung für kleine und mittlere Betriebe spezialisiert hat. Sie lebt in Wuppertal am Ölberg, einem einst verrufenen Viertel in der Nordstadt, das heute gefragt ist. Daran ist sie selbst nicht ganz unschuldig.

Schulten hat 2003 den Verein Unternehmer/innen für die Nordstadt mitgegründet, der seitdem alljährlich ein Magazin über die lokalen Gewerbetreibenden herausgibt, hat sechs Jahre die Zwischennutzungsagentur Wuppertal geführt, die für rund 270 leer stehende Ladenlokale in ihrem und vier weiteren Quartieren Nutzer gesucht hat, ist eine der Organisatorinnen des Ölbergfestes, bei dem jeder mitmachen kann und das zuletzt 50 000 Besucher hatte, und war auch an der Umgestaltung des zentralen



Realistische Utopisten: Beate Blaszcok und Christian Hampe im Mirker Bahnhof



Quartiersplatzes beteiligt, wo, aber das nur nebenbei, Anwohner für 12 000 Euro eine öffentliche Toilette gebaut haben, die sie bis heute selber betreiben.

„Wir haben es geschafft, das Image des Ölbergs zu ändern“, sagt die 56-Jährige. „Die Leute wollen heute hier wohnen. Jetzt müssen wir uns um den Immobilienbestand kümmern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Leute Wohnungen finden, die einen gewissen Standard haben.“ Das ist nicht selbstverständlich. Der Wohnungsmarkt ist ausgesprochen mieterfreundlich, die Durchschnittsmiete liegt bei Neuvermietungen um 5,50 Euro pro Quadratmeter – im 30 Kilometer entfernten Düsseldorf ist sie fast doppelt so hoch. Davon wird nicht nur niemand reich: Es ist auch schwierig, Altbauten mit solchen Einnahmen zu sanieren. Hauseigentümer können sich vom „Büro für Quartierentwicklung“ bei Renovierungen und der Beantragung von Fördergeldern beraten lassen. Es wurde von Wohnungsbaugesellschaften, den Stadtwerken und der Stadtparkasse gegründet, um die Eigeninitiative zu fördern und den Verfall aufzuhalten.

Auf dem Ölberg gibt es dazu nun eine Alternative: die Ölberg eG. Gegründet von Immobilieneigentümern aus dem Viertel, hat die Genossenschaft das Ziel, den Hausbesitzern aus der Nachbarschaft bei Sanierungen zur Seite zu stehen, aber auch selbst Häuser im Viertel zu erwerben, um preiswerten Wohnraum zu sichern. Hausbesitzern, die mit ihren Immobilien nicht mehr zu recht kommen, wird zudem angeboten, sie für sie zu verwalten.

Schulten ist eine der Gründerinnen. Sie erzählt, dass die Gruppe zu Beginn zwei Häuser gekauft hat. Die 80 000 Euro Eigenkapital dafür kamen von Freunden, Förderern und Bekannten. Von da an sollte eigentlich eigenes Kapital angespart werden, aber mit einem Haus gab es teure Probleme, und so läuft es mit der Genossenschaft noch etwas mühselig. Es geht bei dem Projekt aber nicht nur um praktische Erwägungen. „Wir tun das

auch, um mit gutem Beispiel voranzugehen“, sagt Schulten. „Heute gibt es viele Leute, die ebenfalls etwas tun.“ Sie erzählt von einer Elterngruppe, die im Quartier regelmäßig Flohmärkte veranstaltet, eine andere Gruppe organisiert ein großes Weihnachtsfest. Christian Hampe von Utopiastadt hatte Ähnliches gesagt: „Einer muss mit der Fahne voranlaufen.“

Man muss es nur dürfen. Auf die Frage, ob die Stadt engagierte Bürger unterstützt, schweigt Gaby Schulten eine halbe Minute. Dann antwortet sie: „Das kommt sehr darauf an, auf wen man trifft.“ Sie erzählt vom ‚Forum Wohnstandort Wuppertal‘, einer Arbeitsgruppe, in der die Leiter der Stadtentwicklung, der Immobilienabteilung der Stadtparkasse sowie die Wuppertal Marketing GmbH saßen, dazu kamen Unternehmer und Vertreter von Initiativen. Das Gremium entwickelte die Marketingkampagne ‚Meilenstein Wuppertal‘, die neue Einwohner in die Stadt locken sollte, und kümmerte sich auch gleich um die private Finanzierung. „Aber der Oberbürgermeister hat es gestoppt“, sagt Schulten. „Er wollte selber ein Konzept entwickeln.“

Die vierte These:

Aktivisten werden nicht nur geliebt

„Ja, das war eine unglückliche Gleichzeitigkeit“, sagt der Bau- und Umweltdezernent Frank Meyer, der die Initiative 2009 mitgegründet hat. „Wir haben grandiose Wohnviertel, und Sie brauchen in dieser Stadt nie länger als 15 Minuten ins Grüne, aber das wurde in der Vergangenheit zu wenig kommuniziert. Meilenstein Wuppertal sollte das ändern. Allerdings wurde gleichzeitig das Leitbild Wuppertal 2025 entwickelt. Die Frage ist, ob die Aktion zum Leitbild passt. Ich persönlich glaube: ja. Aber die Diskussion, ist noch voll im Gange.“ Und wo findet sie statt? Im Oberbürgermeisterbüro.

Frank Meyer ist ein umtriebiger Mann, der zuvor in Braunschweig und Ulm tätig war. Er spricht von den vielen Familien mit viel Geld, die sich schon immer verpflichtet fühlten, etwas für ihre Stadt zu tun, von den Parkanlagen, vom Von der Heydt-Museum – alles gestiftet. Es fällt sogar das Stichwort: die Stadt der Aktivisten. Und dann sagt der 46-Jährige: „Wir werden als Stadt auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, viel zu investieren. Deshalb geht es nur mit bürgerlichem Engagement.“ Doch das Leitbild entsteht hinter verschlossenen Türen.

Ist es ein Problem, dass bürgerliches Engagement Machtverlust bedeutet? „Was das angeht, bin ich uneitel“, antwortet Meyer lächelnd. „Allerdings ist es bei öffentlich geförderten Projekten häufig so, dass die Stadt

der Empfänger der Fördermittel ist, nicht die privaten Initiativen. Damit steht die Stadt in der Verantwortung und muss eine Kontrollfunktion ausüben. Zum Beispiel bei der Nordbahntrasse: Da ist die Stadt gegenüber dem Fördergeber für 20 Jahre dafür verantwortlich, dass der Fördergegenstand, also die Trasse, dem Zweck entsprechend betrieben wird.“

Die Nordbahntrasse ist neben der Junior Uni das zweite privat begonnene Leuchtturmprojekt (s. brandeins 05/2007, b1-link.de/wegbereiter). Der Unternehmensberater Carsten Gerhardt entdeckte 2005 bei einem Spaziergang eine stillgelegte Eisenbahnstrecke, die an der Nordseite des Tals entlangführt und die Stadtteile verbindet. Er hatte die Idee, die rund 22 Kilometer lange Strecke zu einem Rad- und Wanderweg zu machen, fand Mitstreiter, gründete den Verein Wuppertal Bewegung e. V. und wandte sich an die Stadt. Die war begeistert. Theoretisch jedenfalls.

„Wir haben eine Machbarkeitsstudie geschrieben“, erzählt Gerhardt, „in der wir skizziert haben, was der Mehrwert der Trasse ist und welche Fördermittel möglich wären. Das Budget sollte zwischen 12 bis 16 Millionen Euro betragen. Wir haben sie der Stadt vorgestellt, aber die sagte, sie habe nicht die nötigen Eigenmittel – 20 Prozent der Fördersumme muss die Stadt selber aufbringen. Also haben wir Geld gesammelt: drei Millionen Euro in den ersten vier Monaten 2007. Damit sind wir zur Stadt, aber die sagte, sie habe nicht die Kapazitäten, einen Förderantrag zu stellen. Also haben wir den Antrag selber geschrieben. Zwei von uns haben da viel Freizeit reingesteckt, außerdem hatten wir zwölf Ingenieure, die einzelne Bauwerke begutachtet haben. Im Mai 2008 kam die Zusage zur Förderbereitschaft. Wir sind damit zur Stadt gegangen, aber die sagte, sie könne den Bau nicht durchführen, weil sie keine Kapazitäten habe. Da haben wir die Wuppertaler Nordbahntrassen GmbH gegründet, eine gemeinnützige Gesellschaft, die die Trasse bauen, 20 Jahre betreiben und die ▶

Die Multi-Aktivistin: Gaby Schulten hat wesentlich zur Belebung des Viertels am Ölberg beigetragen



Stadt von allen Pflichten freistellen sollte. Im April und Mai 2010 haben wir zwei, zweieinhalb Kilometer fertiggestellt. Danach hat die Stadt das Projekt an sich gezogen.“ Die Begründung: Vorschriften wurden nicht eingehalten, auch förderrechtlich sei nicht alles ordentlich gelaufen.

Gerhardt ist ein Macher, genau das Gegenteil eines vorsichtigen Beamten. In seiner Wohnung mit schönem Blick auf die Stadt stehen mehrere Regale voll mit Ordnern zur Nordbahntrasse. Einer enthält Quittungen für Werkzeug, Baumaterial: 30, 50, 70 Euro. „Man hat uns gesagt, die Rechnungen seien nicht in Ordnung, weil dafür keine europaweite Ausschreibung stattgefunden habe. Wir haben drei europaweite Ausschreibungen gemacht, bei denen es um substantielle Summen ging. Aber für eine Tüte Schrauben? Wir hätten, hieß es, vorher alles auflisten müssen, den gesamten Bedarf bis in die Einzelheiten, und das dann europaweit ausschreiben müssen. Aber wie soll das gehen?“

Gerhardt erzählt, dass in den vergangenen beiden Jahren so viele Kilometer fertiggestellt wurden wie in den ersten sechs Wochen: 2,5. Das Budget habe sich in derselben Zeit fast verdoppelt. Er kennt allerdings auch einige Gründe. Zum Beispiel das Umweltbudget: Als 2008 die Förderung zugesagt war, kam ein Umweltschutzbüro, das auf eigene Faust einen Tunnel untersuchte, dort Fledermäuse fand und einen Plan vorlegte, wie es sich um die Tiere kümmern könnte – für 50 000 Euro. „Es gab damals warnende Stimmen, die sagten: ‚Rechnet 200 000 Euro für Gutachten ein. Aber wir wollten das Geld lieber für Bänke und Ähnliches ausgeben. Da haben wir die geballte Wut der professionellen Umweltschützer zu spüren bekommen.‘“ Das Umweltbudget soll inzwischen 500 000 Euro betragen.

Die Stadt hat eine Projektleitung installiert, ein Ingenieurbüro beauftragt und dann ein zweites, weil das erste wohl nicht alle Erwartungen erfüllte. Gerhard nennt das einen „Wasserkopf“ und erklärt: „Ein Planer bestimmt sein Honorar selbst, weil er einen Teil des Budgets bekommt. Es nützt ihm also, wenn das Budget steigt.“ Er sagt auch: „Man darf bei all dem nicht aus den Augen verlieren, dass wir hier einen Radweg bauen.“

An diesem Punkt widerspricht ihm allerdings sogar Ernst-Andreas Ziegler, der über Carsten Gerhardt sagt: „Wir fühlen uns mit ihm in einem Boot der Optimisten.“ Die Nordbahntrasse sei aber in der Tat eine schwierige Strecke, es gebe hohe Viadukte und eine große Unfallgefahr. Wenn etwas passiert, sagt Ziegler, dann ist immer die Verwaltung dran.



Ein Mann und sein Projekt: Carsten Gerhardt auf der Nordbahntrasse

Die fünfte These:

Es geht nicht mehr ohne Bürgerarbeit

Der Baudezernent Frank Meyer sieht die Probleme bei der Nordbahntrasse ähnlich und verweist zudem auf das Förderrecht. „Ich muss klar sagen: Wenn ich das Geld des Fördergebers will, muss ich auch seine Vorschriften einhalten, etwa wenn es um Naturschutz geht. Ich muss die Regeln nicht gut finden, aber ich muss sie befolgen.“ Sonst könne es passieren, dass man – längst verbaute – Fördermittel zurückzahlen müsse.

Auch Ziegler hat in der Anfangszeit der Junior Uni eine Variante dieser, sagen wir, Finanzierungsangst erlebt. „Die große Sorge war, dass wir eine Einrichtung aufbauen, der nach einigen Jahren das Geld ausgeht, die dann aber bereits so positiv besetzt ist, dass die Stadt gezwungen wäre, sie mit öffentlichem Geld weiterzufinanzieren.“ Er sieht darin jedoch kein spezielles Wuppertaler Problem: In vielen Städten tue man sich schwer mit bürgerlichem Engagement. Doch dazu gebe es keine Alternative.

Frank Meyer scheint das verstanden zu haben: Er plädiert für das gemeinsame Dazulernen. „Beim Zusammenraufen von Behörden und bürgerlichem Engagement“, sagt er, „prallen mitunter Welten aufeinander. Da müssen wohl beide Seiten akzeptieren, dass es mehr als eine Wahrheit gibt. Doch wenn das alle verstanden haben, klappt es beim nächsten Mal besser.“

Und falls es trotzdem noch Probleme geben sollte, hat Ernst-Andreas Ziegler einen Tipp. „Immer wenn ich die Pläne der Junior Uni der Politik vortrage, werde ich gefragt: Was wollen Sie von uns? Und ich antworte: Ich möchte von Ihnen kein Geld. Ich möchte von Ihnen auch kein Personal. Ich möchte von Ihnen ideale Unterstützung. Und Anerkennung für alle Mitstreiter.“ ■